

**Resolutionen**

<b>Nr.</b>	<b>Antragsteller</b>	<b>Thema</b>	<b>Seite</b>
R 01 - 16	KV Frankfurt	Für ein Europa der Menschen – Nein zu den Verträgen von Lissabon	
R 02 - 52	LAG Migration & Antirassismus	Kein Mensch ist Illegal: Nein zu den Rückführungsrichtlinien der EU	
R 03 - 29	Al Dailami u.a.	Afghanistan	
R 04 - 45	Tobias Paul	Gesundheit ist keine Ware	
		Solidarisierung mit Vacuumschmelze	

## Resolution R 01-15

**Antragsteller:** Kreisverband Frankfurt

**Antragsthema:** Resolution - Europapolitik

### **Für ein Europa der Menschen - Nein zu den Verträgen von Lissabon**

Mit der Entstehung und Weiterentwicklung der Europäischen Union verbanden viele Menschen die Hoffnung auf ein dauerhaft friedliches Zusammenleben in Europa, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt für alle und eine bessere Sicherung ihrer eigenen Existenz.

Das EU-Reformvertragswerk von Lissabon verkehrt diese Hoffnungen in ihr Gegenteil: es will neoliberalen Raubtierkapitalismus, die Militarisierung der EU und die undemokratischen Strukturen ihrer Institutionen als verbindliche Grundlagen der Gemeinschaft für immer festschreiben.

Wenn die Regierungen der Mitgliedstaaten an diesem Papier festhalten, machen sie sich zum Totengräber der europäischen Einigung. Denn nur ein Europa, das den Menschen nutzt und hinter dem seine Bürger deshalb mit Überzeugung stehen, kann Zukunft haben.

DIE LINKE lehnt diesen Vertragsentwurf ab. Sie begrüßt deshalb das deutliche NEIN der Iren in ihrer Volksabstimmung zum Lissabon-Vertrag, nachdem bereits zuvor die Franzosen und Niederländer den ersten Verfassungsentwurf in Volksabstimmungen gekippt hatten. Es darf jetzt kein "weiter so" geben, die Erpressungsversuche des Mächtigen Europas gegen Irland sind sofort zu beenden, der Ratifizierungsprozess muss unverzüglich gestoppt werden. Ein neuer Grundlagenvertrag ist allen EU-Bürgern zur Abstimmung vorzulegen.

DIE LINKE wird die Aufklärung über die Verträge von Lissabon und ihr NEIN dazu in den Mittelpunkt ihres Europa-Wahlkampfes 2009 stellen und ihre Alternativen dazu präsentieren:

- Die Europäische Union muss ein friedliches Zusammenleben auf der ganzen Erde, über Europa hinaus, fördern und vorantreiben. Grundlage dafür sind soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Ausgleich, demokratische Entwicklung und Gewaltverzicht zwischen den Staaten.
- Keine Militarisierung der EU. Ihre Verflechtung mit der NATO ist zu beenden. Die EU darf ihren Mitgliedstaaten keinerlei Rüstungsverpflichtungen auferlegen. Jede Option, wirtschaftliche Interessen und politische Ziele mit Waffengewalt durchzusetzen, muss geächtet werden.
- EU-weit müssen verlässliche und menschenwürdige Sozialstandards definiert und durchgesetzt werden. Das wirtschaftliche Handeln muss den Menschen zugute kommen. Der hemmungslosen Liberalisierung des Wirtschaftens - auch gegen bestehende nationalstaatliche Schutzgesetze - ist Einhalt zu gebieten. Dazu bedarf es massiver Proteste und Bewegungen der arbeitenden Klassen, um die Regierungen zur Umkehr im Sinne eines sozialen und friedlichen Europas zu zwingen

Nur durch eine solche Politik ist die zunehmende Entfremdung der Menschen gegenüber dem europäischen Einigungsgedanken aufzuhalten, die durch den neoliberalen Lissabon-Vertrag erneut beschleunigt worden ist.

## Resolution R 02-52

**Antragsteller:** LAG Migration&Antirassismus

**Antragsthema:** Resolution Rückführungsrichtlinien der EU

### **Kein Mensch ist illegal: Nein zur Rückführungsrichtlinie der EU!**

Wir lehnen die vom EU- Parlament am 17. Juni 2008 verabschiedete Rückführungsrichtlinie strikt ab. Diese Richtlinie ist unmenschlich und verstößt in krasser Weise gegen die Menschenrechte. Mit der Richtlinie drohen den über 10 Millionen illegalisierten Menschen in der EU bis zu 18 Monate Haft in Abschiebegefängnissen und ein Wiedereinreiseverbot von fünf Jahren für die gesamte EU. Mit dieser Richtlinie hat die Humanität Europa endgültig verlassen. Repression und Abschottung treten an deren Stelle. Schon heute werden Einwanderinnen mittels Satelliten, unbemannten Drohnen und durch Iris-Scan Kontrollen an den EU-Außengrenzen verfolgt und überwacht. Illegale Einwanderung und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus werden mittlerweile bewusst in einem Atemzug genannt und als Vorwand genutzt, um die europäische Grenzschutzagentur Frontex aufrüsten zu können. Die Konsequenz sind nicht sinkende Flüchtlings-, sondern höhere Opferzahlen an der EU Außengrenze.

Es ist beschämend, dass der Abbau von Grundrechten in Europa ausgerechnet von der deutschen Regierung, speziell von Innenminister Schäuble, vorangetrieben wurde. Dabei liefert gerade die deutsche Geschichte besonders gute Gründe für einen humanen Umgang mit Flüchtlingen und Einwanderern. Weiterhin ist es doch gerade die Außenpolitik der EU welche maßgeblich dazu beiträgt, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds tun ihr übriges dazu wenn sie mit sogenannten „Strukturanpassungsprogrammen“, ganze Sozialsysteme souveräner Staaten aus den Angeln heben und Menschen zur Flucht zwingen. Auch ist eine Welthandelsordnung, die den Süden als gleichberechtigten Partner betrachtet und diesem die ihm zustehenden Perspektiven eröffnet, ist nicht in Sicht.

Daher fordern wir, dass alle Menschen die Möglichkeit haben müssen vor Verfolgung und Armut zu fliehen und lehnen die Rückführungsrichtlinie ab.

## **Resolution R 03-29**

**Antragsteller:** Ali Al Dailami u.a.

**Antragsthema:** Verlängerung und Erweiterung des Afghanistan-Mandates

### **Nein zur Verlängerung und Erweiterung des Afghanistan-Mandates**

- 1) DIE LINKE Hessen lehnt die Verlängerung der Bundeswehrmandate in Afghanistan ab und fordert den sofortigen und unbedingten Abzug der deutschen Streitkräfte aus Afghanistan.
- 2) DIE LINKE Hessen stellt fest, dass die Strategie der zivil-militärischen Kooperation gescheitert ist, und fordert die Umwidmung aller Gelder in rein zivile Projekte.
- 3) DIE LINKE Hessen weist den NATO-Beschluss von Bukarest über das fortgesetzte, auf einen militärischen Sieg ausgerichtete Engagement in Afghanistan zurück und bekräftigt, dass das Ende der Besatzung Bedingung für Frieden, politische Stabilität und Wiederaufbau ist, und nicht umgekehrt.
- 4) DIE LINKE Hessen lehnt den Versuch der Bundesregierung ab, das Thema Afghanistan durch Verlängerung der Mandatszeit aus dem Bundestagswahlkampf 2009 herauszuhalten
- 5) DIE LINKE Hessen fordert dementsprechend alle Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung der Mandate ISAF und OEF abzulehnen.
- 6) DIE LINKE Hessen unterstützt die Petition der Friedensbewegung „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan“ und die geplante Demonstration anlässlich der Mandatsverlängerung am 20.9.2009. Der neu gewählte Landesvorstand wird aktiv dazu beitragen, die Proteste der Friedensbewegung zu unterstützen und zu verbreitern

## **Resolution R 04-45**

**Antragsteller:** Tobias Paul

**Antragsthema:** Resolution zur Gesundheitspolitik

### **Gesundheit ist keine Ware**

Gesundheit ist sozial ungleich verteilt. Das Robert-Koch-Institut weist in epidemiologischen Studien regelmäßig nach, dass die unteren sozialen Schichten viel stärker von Krankheit betroffen sind.

Besonders betroffen dabei ist die Gesundheitsversorgung in den Krankenhäusern, welche durch den ökonomischen Druck gezwungen sind, ihre Leistungen zu rationieren. Arme Menschen leiden darunter am meisten.

Der Investitionsstau an öffentlichen und freigemeinnützigen Kliniken muss beendet werden. Dazu ist eine Aufstockung der Haushaltsmittel notwendig, damit das Land endlich wieder seiner Verpflichtung im Rahmen der dualen Finanzierung der Krankenhäuser nachkommt.

Die ver.di Forderung nach Personalmindeststandards in Krankenhäusern ist ein richtiger Schritt, um die Personalplanung der Willkür des freien Marktes zu entziehen. Die Linke unterstützt diese Forderung. Wir sind uns aber gleichzeitig bewusst, wie schwierig es ist, diese Forderung in der Praxis umzusetzen. Ein Gesetz zur Regelung der Personalmindeststandards wird allein nicht ausreichen, dies zeigt aktuell der Umgang mit dem Arbeitszeitgesetz in den Krankenhäusern. Notwendig ist eine breite Bewegung der Krankenhausbeschäftigten. Wir erklären uns daher solidarisch mit der durch ver.di initiierten Kampagne „Der Deckel muss weg!“, und fordern unsere MitgliederInnen dazu auf, sich an der geplanten Großdemonstration am 25.9.2008 in Berlin zu beteiligen.

## **Resolution**

### **Antragsteller:**

**Antragsthema:** Solidarisch mit den Beschäftigten der Vacuumschmelze

### **DIE LINKE. Hessen solidarisch mit den Beschäftigten der Vacuumschmelze**

Die Belegschaft der Vacuumschmelze Hanau steht in einer Auseinandersetzung mit überregionaler Bedeutung. Die Unternehmensführung hat sich aus dem Flächentarifvertrag gestohlen und nun streiten die Beschäftigten für ihr gutes Recht.

Am Beispiel der VAC kann nachvollzogen werden, wie unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus mit seinen neuen Finanzinstrumenten und –akteuren ein Unternehmen droht zerschlagen zu werden. Die Gewinnerwartungen des Finanzinvestors OEP haben dazu geführt, dass sich das Unternehmen mit 260 Mio. Euro verschuldet hat.

One Equity Partners, eine Tochter der amerikanischen Großbank JP Morgan Chase, hatte die VAC im Oktober 2005 gekauft. Der Kauf wurde zum Großteil mit Krediten finanziert und aus der VAC wurde über Nacht eine hoch verschuldete Firma. Dadurch ließen sich in der Folge Steuern sparen. Da die Gewinnerwartung nicht erfüllt wurde, griff man jedoch den Arbeitnehmer/innen in die Tasche und kürzte beispielsweise die betriebliche Altersvorsorge. Mit der Mitteilung, dass zum 30. Juni 2008 der Ausstieg aus der Tarifbindung erfolgt sei, kündigte der Vorsitzende der Geschäftsleitung an, auch die nächsten fälligen Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht zu zahlen. Die Beschäftigten wurden über dieses Vorgehen der Geschäftsleitung erst Mitte August informiert. Seit diesem Zeitpunkt wehrt sich die Belegschaft mit Aktionen und Warnstreiks gegen die Pläne der Geschäftsleitung. Ein unbefristeter Arbeitskampf ist nicht mehr auszuschließen. Weitere drastische Lohn- und Gehaltskürzungen werden von den Beschäftigten erwartet, um auch in der beginnenden Krisensituation Gewinnerwartungen von über 20 % zu befriedigen.

Brutale Kostensenkungen mittels Stellenabbau, Lohnkürzungen, Einsatz billiger Leiharbeiter etc. gehören zum Standardrepertoire der Private Equity Fonda und gehen ausschließlich zu Lasten der Beschäftigten.

DIE LINKE. Hessen erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten der Vacuumschmelze.